

AUSZUG

aus der Niederschrift
über die Sitzung des Stadtrates am 17.09.2018
öffentlich

Anfrage 7

Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion; „Für ein sauberes Ludwigshafen“
Vorlage: 20186330

SPD-Stadtratsfraktion - Maxstraße 65 - 67059 Ludwigshafen

Frau Oberbürgermeisterin
Jutta Steinruck
Stadtverwaltung Ludwigshafen
Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen



Stadtratsfraktion
Ludwigshafen am Rhein

Ludwigshafen, 12.09.2018

Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Sitzung des Stadtrates am 17.09.2018
„Für ein sauberes Ludwigshafen“

Sehr geehrte Frau Steinruck,

die SPD-Stadtratsfraktion bittet die Verwaltung um mündliche Beantwortung unserer Anfrage „Für ein sauberes Ludwigshafen“.

Das Problem der wilden Müllablagerungen ist in Ludwigshafen immer wieder zu beobachten. Müllsünder haben keine Hemmungen, ihre Abfälle an Containerstandorten, in Böschungen, Parkanlagen oder an Plätzen illegal zu entsorgen. Ebenfalls ist zu beobachten, dass einer Mülltrennung oftmals nicht nachgekommen wird.

So setzt die Stadt Mönchengladbach im Rahmen der stadteigenen „Mönchengladbacher Abfall-, Grün- und Straßenbetriebe“ seit einiger Zeit Mülldetektive zur Bekämpfung wilder Müllablagerungen und deren Verursacher ein. Deren Aufgabe ist es, regelmäßig im Stadtgebiet auf Streife zu gehen und sich auf die Suche nach illegalen Abfallentsorgern zu machen. Sofern die Mülldetektive die Verursacher von wildem Müll unmittelbar vor Ort antreffen, wer-

den letztere auf ihr Fehlverhalten hingewiesen und aufgefordert, den Müll wieder mitzunehmen und ordnungsgemäß zu entsorgen.

Sofern die Verursacher bereits weg sind, machen sich die Mülldetektive auf die Suche nach Hinweisen auf mögliche Verursacher, sichern Beweise und leiten gegebenenfalls entsprechende Ordnungswidrigkeitsverfahren ein. Ihre Einsätze sollen langfristig zu einer Verbesserung des Stadtbildes beitragen und Nachahmer abschrecken. Die Müll-detektive arbeiten hierfür eng mit dem Entsorgungsbetrieb und dem Kommunalen Ordnungsdienst zusammen.

Frage: Kann sich die Stadtverwaltung vorstellen, ein ähnliches Modell mit solchen Mülldetektiven auch in Ludwigshafen einzuführen?

Wer Abfälle einfach liegen lässt, der verschandelt nicht nur das Stadtbild und lockt Ratten an, sondern begeht eine Ordnungswidrigkeit.

Frage: Wie hoch sind die Strafen für Müllsünder in Ludwigshafen und inwieweit ist eine Erhöhung der Strafen möglich, um dieses Verhalten empfindlich zu bestrafen?

Damit sich mittel- und langfristig etwas an den wilden Müllkippen sowie der unange-meldeten Entsorgung von Sperrmüll in der Stadt ändert, muss ein Umdenken bei einigen stattfinden. Das fängt damit an, dass jeder seine Abfälle richtig trennt.

- Fragen: - Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, um das Thema Müllvermeidung, -trennung und -verwertung stärker ins Bewusstsein der Menschen zu bringen?
- Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, um Kindern und Jugendlichen – eventuell auch in Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen – von Anfang an stärker für das Thema Müll zu sensibilisieren und Interesse für ihre Umwelt zu wecken?
 - Plant die Stadtverwaltung sonstige Maßnahmen, um dieses Problem einzudämmen?

Wie oben angemerkt, bitten wir um mündliche Beantwortung der Fragen.

Mit freundlichen Grüßen



Heike Scharfenberger
Fraktionsvorsitzende

Mündliche Stellungnahme der Verwaltung

OB Steinruck sagte, dass tatsächlich ein zunehmende Vermüllung und Verschmutzung in der Stadt zu beobachten sei. Es sei nicht nur ein Schmutzproblem, sondern es wäre ein Problem, dass die Menschen ihren Respekt vor ihrer Stadt, ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und ihren Mitbürgern immer mehr verlören. Ge- und Verbote würden nicht mehr eingehalten. Die Verwaltung wolle dies nicht weiter hinnehmen.

Deswegen wurde damit begonnen, eine Kampagne für mehr Solidarität und ein respektvolles Miteinander zu erarbeiten. Ziel sei, sich nicht nur auf das Thema Sauberkeit zu beschränken, sondern man erlebe in vielen Lebensbereichen der Stadt, dass die Menschen respektlos miteinander umgingen. Man wolle insgesamt eine sichtbare Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Dazu sei es notwendig, dass Verwaltung, Bürgerschaft und Politik einen Schulterschluss miteinander eingingen.

Man werde im Rahmen der Erarbeitung dieser Konzeption sich auch anschauen, wie die Problematik anderswo gehandhabt werde und wie hoch die Strafen seien. Dabei werde die konsequente Sanktionierung überprüft sowie der Kontrolldruck erhöht werden. Das werde sich dann möglicherweise – wenn der Stadtrat dies wolle und keine Umstrukturierungen möglich seien – auch auf personelle Maßnahmen auswirken. Man sei der Meinung, dass die Strafen so hoch wie möglich angesetzt werden müssten.

Darüber hinaus sollen Strukturen überprüft werden. Es werde alles, was städtischerseits geleistet werde, auf den Prüfstand kommen; z. B. würden Ideen wie „Mülldetektive“ geprüft, ob und wie man das machen könne. Aber das bedürfe auch der Schaffung von Strukturen. Diese Kampagne solle dann auch durch eine Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, dass z.B. jungen Menschen, Kindern in Schulen und Kindergärten tatsächlich auch nochmal mit Mülltrennung und Müllvermeidung vertraut zu machen. Dies nütze aber alles nur, wenn man die Eltern tatsächlich dazu bekäme, als Vorbilder, dies auch zu tun.

Man sei innerhalb der Verwaltung sehr intensiv dabei, das Gesamtproblem, nicht nur den vermehrten Müll in Ludwigshafen zu beseitigen und sich zu überlegen, wie man dem Herr werde, sondern auch andere Auswirkungen der Respektlosigkeit gegenüber der Stadt, zu beheben.

Bgo. Dillinger ergänzte, dass etliche Projekte in Ludwigshafen liefen, die aber noch ergänzt werden müssten und z. T. noch auf dem Prüfstand gestellt werden müssen.

Für Kinder und Jugendliche gäbe es in Ludwigshafen Umwelt- und Bildungsprojekte, ein Freiluftklassenzimmer bei der GML und Umwelterziehungskurse bei der VHS. Zudem hätten die Eltern auch die Möglichkeit, sich Umwelterziehungsmodulare auszuleihen und im außerschulischen Bereich den Kindern etwas über die Vermeidung und Beseitigung von Abfällen beizubringen und zu veranschaulichen. Es gäbe eine ganze Palette von Dingen, die angeboten würden, aber offensichtlich noch zu ergänzen seien.

Dasselbe gelte für die Frage, wie man den Menschen die Themen Mülltrennung und Müllvermeidung noch stärker in das Bewusstsein hinein bringen könnte. Wie von OB bereits erläutert, solle eine umfassende Kampagne begonnen werden. Aber es sei auch so, dass die Instrumente, die man bereits habe - seien es mehrsprachige Faltblätter, seien es Angebote in den Integrationskursen, sei es die Abfall- und Umweltberatung - noch stärker intensiviert werden müssten. Man habe bei der Abfall- und Umweltberatung beim Umweltamt zwei Stellen, wovon eine halbe Stelle jetzt besetzt werden konnte. Das seien aber auch die Dinge, die es manchmal schwierig machen, mehr als derzeit vor Ort gehen zu können.

„Vor Ort zu gehen“ betreffe auch das Thema Mülldetektive. Man sei mit den Kollegen in den Städten in Kontakt, in denen das praktiziert werde. Eine grundsätzliche Frage sei aber auch, wie Präsenz auf der Straße gezeigt und wie das weiter verfolgt werden solle. Es sei leider nicht so, dass jeder gefundene Adresszettel auch automatisch vor Gericht zu einer entsprechenden Sanktionierung führe. Voraussetzung dafür sei aber, dass man überhaupt diese Verfahren einleiten könne, dass man präsenter sei, dass man auch mal – wie die Mülldetektive dies in anderen Städten auch machen - an Haustüren klingeln und mal nachfragen könne. Dies sei eine Aufgabe des Abfallvollzugsdienstes. Im letzten Haushalt 2017 seien dafür zwei Stellen genehmigt worden, die gerade im Besetzungsverfahren seien. Vor vielen Jahren wurde diese Aufgabe im Rahmen einer Umstrukturierung dem allgemeinen Vollzugsdienst zugeordnet, zu dem viele andere Aufgaben noch dazu gekommen seien. Man brauche diese Stellen beim Abfallvollzugsdienst, um tatsächlich auch mal nachschauen zu können, nach zu recherchieren und vielleicht dann den ein oder anderen mit Beweisen so belegen zu können, dass das Ganze auch gerichtsfest sei.

Wichtig sei aber für jeden in der Stadtgesellschaft auch das Thema „Zivilcourage“, d. h. wenn man Dinge beobachte, wie z. B. wilde Müllablagerungen u. ä., dass die angezeigt würden und man sich dann als Zeuge zur Verfügung stelle, damit man tatsächlich auch die schwarzen Schafe bestrafen könne, mit den Möglichkeiten, die man habe. Zu den Strafen für Müllsünder gäbe es eine bundesgesetzliche Regelung, das Kreislaufwirtschaftsgesetz, welches Strafen bis zu 100.000 Euro vorsehe. Die Abfallsatzung der Stadt sehe für Dinge, die dort sanktioniert würden, bis zu 5.000 Euro pro Einzelfall vor. Die Stadt halte das für ausreichend. Das Thema sei eher, mit dem entsprechenden Personal dann auch die Dinge vor Ort gerichtsfest feststellen zu können.